



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

über die
**13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und
Gesundheit**
am **12.11.2020**
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heike Behr	
Abg. Jürgen Borngräber	Vertretung für Abgeordnete Erika Schmidt
Abg. Doris Brandt	
Abg. Erich Gajdzik	
Abg. Ute Gudella-de Graaf	
Abg. Michaela Holsten	
Abg. Ursula Hoppe	
Abg. Hans-Joachim Jaap	
Abg. Hans-Jürgen Krahn	
Abg. Frank Peters	Vertretung für Abgeordneten Heinz-Friedrich Carstens ab TOP 5
Abg. Dr. Klaus Rinck	
Abg. Rainer Sommermann	
Abg. Ulrich Thiart	Vertretung für Abgeordneten Ingolf Lienau

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Gisela Flake
Herr Helmut Sündermann

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)
Frau Heike von Ostrowski (Dez. II)
Frau Antje Brünjes (Amt 50)
Frau Carmen Menzel (Amt 53)
Frau Ute Seiler (Amt 53)
Herr Gregor Stein (Amt 55)
Herr Gerd Hachmöller (Amt 80)
Frau Katja Weiße (Gleichstellungsbeauftragte)
Frau Lara-Fabienne Tenzer (Amt 50)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Friedrich Carstens

Abg. Ingolf Lienau

Abg. Erika Schmidt

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 11.06.2020
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Bericht über die aktuelle Situation zur Corona-Pandemie
Vorlage: 2016-21/1086
- 6 Haushaltsplan 2021 – Soziales
- 6.1 Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"
Vorlage: 2016-21/1075
- 6.2 Haushaltsplan 2021, Teilhaushalt 4 – Soziales
Vorlage: 2016-21/1076
- 7 Haushaltsplan 2021 – Gesundheitsamt
- 7.1 Förderanträge Gesundheitsamt
Vorlage: 2016-21/1087
- 7.2 Haushaltsplan 2021, Teilhaushalt 6 – Gesundheit
Vorlage: 2016-21/1088
- 8 Kofinanzierung der „Produktionsschule“ im Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2016-21/1077
- 9 Haushaltsplan 2021, Teilhaushalt 7 – Jobcenter
Vorlage: 2016-21/1078
- 10 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 11 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vors. Brandt eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss daran erklärt sie, im Verlauf der Sitzung selbst zu einem Tagesordnungspunkt Stellung nehmen zu wollen. Um den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Tagesordnungspunktes abgeben zu können, schlägt sie vor, als Vertreter **Abg. Borngräber** zu wählen.

Es folgt die Wahl einer Sitzungsleitung für die Dauer der Verhinderung der **Vors. Brandt**. Der **Abg. Borngräber** wird mit 12 Ja-Stimmen gewählt. **Abg. Borngräber** erklärt, er nehme die Wahl an.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 11.06.2020**

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig (bei 6 Enthaltungen) den nachstehenden Beschluss.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 11.06.2020 wird genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

a) Verlängerung des Vertrags über die Suchtberatung im Landkreis mit der Therapiehilfe gGmbH

Frau von Ostrowski informiert darüber, dass der in 2017 geschlossene Vertrag mit der Therapiehilfe gGmbH über die Durchführung der Suchtberatung im Landkreis um zwei weitere Jahre bis Ende 2022 verlängert worden ist. Der Vertrag hatte ursprünglich eine Laufzeit von zwei Jahren mit der zweimaligen Möglichkeit der Verlängerung um jeweils zwei weitere Jahre. Von dieser Verlängerungsoption ist Gebrauch gemacht worden.

b) Medizinstipendien

Frau von Ostrowski berichtet, dass ein weiteres Stipendium im Sommer neu vergeben wurde, und es somit aktuell drei Stipendiatinnen gibt. Eine weitere Bewerbung um ein Stipendium liege derzeit vor.

c) Serviceerweiterung für coronabedingte Jobcenterkunden

Frau Colshorn teilt mit, dass das Jobcenter im Rahmen der Corona-Pandemie folgende zusätzliche Servicemaßnahmen ergriffen hat bzw. plant: Verstärkte Information und Beratung über die Presse und die Internetseite des Landkreises über die Hilfen des Jobcenters sowie die Einrichtung eines gezielten Telefonberatungsangebotes für Soloselbstständige.

d) Verringerung des Eingliederungstitels

Wegen des starken Abbaus an Bedarfsgemeinschaften im letzten und in diesem Jahr stehen dem Jobcenter im nächsten Jahr rund 450.000,00 € weniger an Eingliederungsleistungen vom Bund zur Verfügung. Deshalb muss das Maßnahmeangebot des Jobcenters im nächsten Jahr an die neuen finanziellen Rahmenbedingungen angepasst werden. Dazu müssen aktuell auch sämtliche nicht vergebene Eingliederungsmaßnahmen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit betrachtet werden.

e) Case-Manager

Frau Colshorn informiert darüber, dass die Maßnahme Case-Manger für ein Jahr verlängert und somit von der Verlängerungsoption Gebrauch gemacht wurde.

f) Satzung BBR

Frau Colshorn lobt die Arbeit des derzeitigen Behindertenbeirates und betont deren Bedeutung. Im kommenden Jahr endet die derzeitige Legislaturperiode des Behindertenbeirates und es ist angedacht, im Hinblick auf die Wahl die „Satzung über die Einrichtung und Tätigkeit eines Behindertenbeirates“ in Teilen anzupassen und hierdurch einen größeren Bewerberkreis anzusprechen.

g) Reform SGB VIII

Frau Colshorn teilt mit, dass im Bereich der Eingliederungshilfe eine Änderung geplant ist. So soll die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche ab dem Jahr 2028 vollständig vom SGB IX in das SGB VIII übergehen. Dies wird finanzielle Auswirkungen auf die Erstattungen durch das Land im Bereich der Eingliederungshilfe haben, die derzeit noch nicht benannt werden können.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Bericht über die aktuelle Situation zur Corona-Pandemie**
Vorlage: 2016-21/1086

Frau Menzel stellt die Präsentation „Corona-Pandemie November 2020“ vor. Im Anschluss diskutiert sie mit den Abgeordneten unter anderem über die technischen Möglichkeiten der Corona-App, die Information der Bürgerinnen und Bürger über die Internetseite des Landkreises, die Möglichkeit sich über die aktuelle Seite im Situationsbericht des Robert-Koch-Instituts zu informieren und die Meldung der aktuellen Zahlen an das Niedersächsische Landesgesundheitsamt, welches die Daten an das Robert-Koch-Institut weiterleitet.

Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage 1 beigelegt.

Um 15:14 Uhr verlässt Frau Menzel die Sitzung.

Punkt 6 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2021 – Soziales**

Punkt 6.1 der Tagesordnung: **Förderanträge "Freiwillige Leistungen im sozialen Bereich"**
Vorlage: 2016-21/1075

Vors. Brandt ruft den Tagesordnungspunkt auf und **Frau Brünjes** erläutert die Beschlussvorschläge. Auf die Frage von **Abg. Behr**, weshalb die Rotenburger Tafel e. V. nur eine Förderung für eine Hauptstelle und drei weitere Ausgabestellen erhält, informiert **Frau Brünjes** darüber, dass die Tafel Rotenburg e. V. tatsächlich nur drei Ausgabestellen hat. Diese werden in Scheeßel, Sottrum und Visselhövede betrieben. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Samtgemeinde Fintel können Lebensmittel in der Ausgabestelle in Scheeßel erhalten. Aus diesem Grunde beteiligt sich die Samtgemeinde Fintel mit einem jährlichen Zuschuss an diese Ausgabestelle.

Hinsichtlich des Antrags für das Sozialkaufhaus KARO sind inzwischen alle Nachfragen geklärt. An der vorgeschlagenen Förderung in Höhe von 4.000,00 € wird weiterhin festgehalten. Auch

beim ev.-luth. Kirchenkreis Bremervörde-Zeven (Anziehungspunkt Gnarrenburg) sollte weiterhin an dem Vorschlag, die Fördersumme des Vorjahres zu gewähren, festgehalten werden.

Vors. Brandt erkundigt sich nach den Laufzeiten der Vereinbarungen mit den Begegnungsstätten und Kontaktstellen. **Frau Brünjes** sagt Beantwortung im Protokoll zu.

Antwort zu Protokoll: Die Fördervereinbarungen für die Begegnungsstätten und Kontaktstellen unterliegen keiner Befristung. Sie gelten damit auf unbestimmte Zeit. Sie können mit einer Frist von sechs Kalendermonaten gekündigt werden. Durch die Fördervereinbarungen werden jedoch nur die grundsätzlichen Bedingungen und Voraussetzungen für die Förderung festgelegt, so dass kein automatischer Anspruch auf Förderung im Folgejahr entsteht.

Der Ausschuss beschließt, folgende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss abzugeben. Die Beschlussempfehlung für die Förderanträge 1) bis 8) sowie 11) bis 15) erfolgt en bloc und wird einstimmig (bei 2 Enthaltungen) gefasst. **Vors. Brandt** stellt fest, dass die Beschlussempfehlung für die Förderanträge 9) und 10) ebenfalls einstimmig (bei 2 Enthaltungen) abgegeben wird.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

- a) Den Förderanträgen 1) bis 8) sowie 11) bis 15) werden entsprechend der im Einzelfall beantragten und veranschlagten Förderung zugestimmt.
- b) Den Förderanträgen 9) und 10) werden entsprechend der im Einzelfall vorgeschlagenen Förderung zugestimmt.

Punkt 6.2 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2021, Teilhaushalt 4 – Soziales**
Vorlage: 2016-21/1076

Frau Brünjes präsentiert die Planansätze.

Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage 2 beigelegt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung) folgende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss abzugeben.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2021 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Um 15:44 Uhr verlässt Herr Hachmöller die Sitzung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2021 – Gesundheitsamt**

Punkt 7.1 der Tagesordnung: **Förderanträge Gesundheitsamt**
Vorlage: 2016-21/1087

Vors. Brandt gibt den Vorsitz an **Abg. Borngräber** ab und beantragt, die Beschlussvorlage zu 1. folgendermaßen abzuändern: Der Antrag der Landesgeschäftsstelle pro familia Niedersachsen auf eine Zuwendung in Höhe von 5.000,00 Euro im Haushaltsjahr 2021 für die Arbeit der Beratungsstelle Stade für die Durchführung von Beratungen nach §§ 2, 5 und 6 SchKG wird stattgegeben. Sie weist darauf hin, dass es von Schulen gewünscht sei, das Beratungsangebot von pro familia

in Anspruch nehmen zu können. Das Gesundheitsamt des Landkreises sei überlastet und könne die notwendige sexuelle Bildung mit Präventionscharakter nicht erfüllen.

Abg. Hoppe richtet sich an die Verwaltung und fragt, ob das Beratungsangebot trotz des erhöhten Arbeitsanfalls wegen der Corona-Pandemie möglich sei. **Frau von Ostrowski** erklärt, ihr wäre nichts Gegenteiliges bekannt. **Frau Seiler** bekräftigt dies und führt weiter aus, dass deshalb bisher keine Anfrage abgelehnt werden musste.

Hierauf erwidert **Vors. Brandt**, es gehe für sie nicht nur um die Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatung, sondern auch um die Aufklärungsarbeit. Es ginge doch zunächst auch nur um die Förderung für ein Jahr, um danach die Notwendigkeit zu evaluieren. **Abg. Behr** ergänzt, dass in der Beschlussvorlage kein Bezug auf die Schulen genommen wurde und erkundigt sich, ob ausreichend bekannt sei, dass sich Schulen an das Gesundheitsamt wenden können. **Frau von Ostrowski** erklärt, das Gesundheitsamt stehe mit den Schulen in Kontakt, aufgrund der Corona-Pandemie seien aktuell Beratungsangebote in Schulen problematisch. Auf Nachfrage von **Abg. Krahn** bestätigt sie, dass auch Drittanbieter genutzt würden, sofern der entsprechende Bedarf nicht seitens des Gesundheitsamtes gedeckt werden könne. Sie betont ausdrücklich, dass eine Förderung unter aktuellen Umständen nicht in Betracht käme, weil andernfalls eine Doppelförderung entstünde.

Abg. Borngräber lässt über den Antrag der **Vors. Brandt** abstimmen und stellt fest, dass die Abstimmung 5 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen ergeben hat.

Dann lässt **Abg. Borngräber** über den Beschlussvorschlag abstimmen. Der Ausschuss beschließt mit 8 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu 1. die nachstehende Beschlussempfehlung abzugeben. Die Beschlussempfehlung zu 2. wird einstimmig (bei 1 Enthaltung) abgegeben.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Zu 1.: Der Antrag der Landesgeschäftsstelle pro familia Niedersachsen auf eine Zuwendung in Höhe von 5.000 Euro im Haushaltsjahr 2021 für die Arbeit der Beratungsstelle Stade für die Durchführung von Beratungen nach §§ 2, 5 und 6 SchKG wird abgelehnt.

Zu 2.: Dem Antrag des Lebenshilfe Rotenburg-Verden e. V. zur Förderung der Offenen Hilfen in Höhe von 1.000 Euro wird stattgegeben.

Den Vorsitz übernimmt wieder **Vors. Brandt**.

Punkt 7.2 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2021, Teilhaushalt 6 – Gesundheit**
Vorlage: 2016-21/1088

Nachdem **Frau Seiler** die Planansätze präsentiert hat, erkundigt sich **Abg. Gudella-de Graaf** danach, wie die Heimaufsicht in Zeiten der Corona-Pandemie umgesetzt wird. Bezugnehmend auf den Haushalt erkundigt sie sich nach den gestiegenen Kosten im Produkt 12.2.15. Hierzu informiert **Frau Seiler**, dass sich die Personalkosten erhöht haben. Die Heimaufsicht habe ihre Aufgaben weiter wahrgenommen und habe, falls erforderlich, Heime In Augenschein genommen. Lediglich die Regelüberprüfungen seien zurückgestellt worden. Sobald es in einem Pflegeheim zu Erkrankungen an Corona gekommen ist, war die Heimaufsicht auch hier eingebunden.

Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage 3 beigelegt.

Der Ausschuss beschließt folgende Beschlussempfehlung einstimmig (bei 1 Enthaltung).

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2021 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Um 16:15 Uhr verlässt Frau Seiler die Sitzung.

Punkt 8 der Tagesordnung: **Kofinanzierung der „Produktionsschule“ im Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2016-21/1077

Nachdem **Herr Stein** die Beschlussvorlage vorgestellt hat, erkundigt sich **Abg. Jaap** danach, wie viel das Land bezahle. Es wird die Beantwortung zu Protokoll zugesagt.

Antwort zu Protokoll: Die Förderhöhe beträgt laut der einschlägigen Richtlinie der NBank betreffend die Förderung des Landes Niedersachsen aus ESF-Mitteln max. 165.000 € pro Jahr (= 90 %), demnach also max. 165.000 € für das Jahr 2021 und 82.500 € für das Jahr 2022. Ein Zuwendungsbescheid der NBank, der die exakte Förderhöhe für die „Produktionsschule“ festlegt, liegt noch nicht vor.

Weiter erkundigt sich **Abg. Jaap**, welche Sicherheit es gebe, dass die Maßnahmequalität nun besser geworden ist. **Herr Stein** verweist auf intensive Gespräche, die mit dem Träger der Maßnahme geführt worden sind. Hierzu ergänzt **Frau Colshorn**, dass es nach einer Vielzahl von Gesprächen nun einen Neustart gebe und man auf gute Erfolge hoffe. Eine Sicherheit, dass durch die überarbeitete Konzeptionierung und die inhaltlich verbesserten Ausführungen die Qualität nachhaltig steige, gebe es aber nicht.

Abg. Borngräber zeigte großes Interesse an der „Produktionsschule“ und regte, nachdem von **Herrn Stein** die praktischen Ansätze und die Realbedingungen zum Lernen geschildert worden sind, an, gemeinsam mit dem Ausschuss die Maßnahme bei Gelegenheit persönlich zu besuchen.

Der Ausschuss beschließt, folgende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss abzugeben. Die Beschlussempfehlung erfolgt en bloc. **Vors. Brandt** stellt fest, dass die Abstimmung 11 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme (bei 1 Enthaltung) ergeben hat.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) unterstützt die „Produktionsschule“ der Deutschen Angestellten-Akademie GmbH für die Laufzeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2022 im notwendigen Umfang mit einer Kofinanzierung, höchstens jedoch in Höhe von 30.000,- € (davon 20.000,- € in 2021 und 10.000,- € in 2022).
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel zur Finanzierung der „Produktionsschule“ sollen im Produkt 31.2.02 (Kommunale Eingliederungsleistungen) für das Jahr 2021 zusätzlich zum Haushaltsansatz zur Verfügung gestellt werden. Für das Jahr 2022 sollen die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2021, Teilhaushalt 7 – Jobcenter**
Vorlage: 2016-21/1078

Herr Stein präsentiert die Planansätze.

Anmerkung zum Protokoll: Die Präsentation ist als Anlage 4 beigelegt.

Der Ausschuss beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung) folgende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss abzugeben.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2021 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Vors. Brandt gibt den Vorsitz an **Abg. Borngräber** ab. Sie erkundigt sich, ob nach den Erfahrungswerten des Jobcenters, ob ein soloselbständiger Musiker sein Instrument verkaufen müsse, weil dessen Wert das Schonvermögen übersteige. Vorbehaltlich der Sachlage im Einzelfall hält **Herr Stein** dies für eher unwahrscheinlich. Den Vorsitz übernimmt wieder **Vors. Brandt**.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Da keine weiteren Berichte und Anfragen vorliegen, schließt **Vors. Brandt** die Sitzung um 16:50 Uhr.

gez. Brandt
Vorsitzende

gez. Colshorn
Kreisverwaltungsdirektorin

gez. Tenzer
Protokollführerin